



Presseschau vom 01.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Seyed Alireza Mousavi: Abzug der US-Truppen als Symbol des Scheiterns: Afghanistan-Krieg wird zum westlichen Trauma

Die USA marschierten vor etwa 20 Jahren in Afghanistan ein, um die Taliban zu bekämpfen und den Afghanen "Demokratie" zu bringen. Nun bleibt den USA nichts anderes übrig, als die Entscheidung zum Abzug umzusetzen – und das, obwohl sie keines ihrer Ziele erreicht haben.

...

<https://kurz.rt.com/2kmj>

Ilona Pfeffer: Westliche Doppelmoral: Maas wirft Russland und China „Impfstoffdiplomatie“ vor

Am Rande des G20-Gipfels in Italien warf Außenminister Heiko Maas (SPD) Russland und China „Impfstoffdiplomatie“ vor. Die beiden Länder würden mit der Verteilung ihrer Impfstoffe geostrategische Ziele verfolgen. Unsere Kommentatorin erinnert Maas daran, dass die russischen und chinesischen Impfstoffe für manches Land die einzige Hoffnung sind. ...

<https://snanews.de/20210630/westliche-doppelmoral-maas-wirft-russland-und-china-impfstoffdiplomatie-vor--2674632.html>

Dennis Simon: Das Geheimrezept für den Erfolg des chinesischen Kommunismus (Teil 1)

Die Kommunistische Partei Chinas feiert am Donnerstag ihren 100. Geburtstag. Viele

westliche Beobachter dachten nach dem Ende der UdSSR, dass China einen ähnlichen Weg wie die Sowjetunion gehen würde – ein großer Fehler. China eilt heute von einem Erfolg zum nächsten. Wie ist der Erfolg der KP zu erklären? ...

<https://kurz.rt.com/2kmx>

snanews.de: **„Geschichtsvergessenheit der Bundeswehr in Litauen ist alarmierend“ – Linken-Politiker Hahn**

Die Bundesregierung hat kein Problem damit, dass die Bundeswehr im Baltikum der litauischen „Iron Wolf“-Brigade unterstellt ist, deren Name sich an die gleichnamige faschistische litauische Bewegung aus der vorsowjetischen Zeit anlehnt. Dies ergab eine Antwort der Bundesregierung an die Linkspartei. ...

<https://snanews.de/20210701/geschichtsvergessenheit-der-bundeswehr-in-litauen-2686946.html>

de.rt.com: **Deutschland und Großbritannien unterzeichnen Deklaration über Verteidigungs- und Außenpolitik**

Trotz des Brexits wollen die britische und die deutsche Regierung gemeinsam in zentralen Fragen der Verteidigungs- und Außenpolitik agieren. Die von den Außenministern Maas und Raab unterzeichnete Deklaration bekräftigt die transatlantische Ausrichtung – und die Gegnerschaft zu Russland und China. ...

<https://kurz.rt.com/2knr>

Liudmila Kotlyarova: **Plagiatsjagd auf Baerbock: Gutachter Weber einmal selbst von den Grünen mit „Rufmord“ beauftragt**

In der Geschichte um die Plagiatsvorwürfe gegen die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock lässt sich die Ironie des Schicksals mit einer plausiblen Recherche leicht erkennen. Jetzt Opfer einer „Kampagne“, hat die Partei auf der EU-Ebene schon wenigstens einmal zu einer ähnlichen Methode gegriffen. ...

<https://snanews.de/20210701/plagiatsjagd-auf-baerbock-2689366.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Polen und Ungarn: EU-Sanktionen wegen LGBT-Politik wahrscheinlich**

Die Staats- und Regierungschefs sowie Minister der EU erhöhen den Druck auf Ungarn und Polen, sich der LGBT-Politik der Union anzupassen. In diversen Statements werden Klagen und Sanktionen angedroht. In den beiden Ländern reagiert man mit Unverständnis.

Polen und Ungarn stehen zunehmend im Fadenkreuz der EU. Rechtliche Schritte, aber auch schärfere Mittel werden gegen die beiden östlichen EU-Länder erwogen.

Letzte Woche konfrontierten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union Ungarns Premierminister Viktor Orbán wegen des neuen ungarischen Anti-LGBT-Gesetzes und betonten ihre Verpflichtung, die Rechte von Homosexuellen zu verteidigen und Druck auf Budapest auszuüben.

Der französische Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Clément Beaune sagte am Mittwoch, er sei nicht für einen Rauswurf Ungarns aus der Europäischen Union, und wiederholte damit frühere Kommentare des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in diese Richtung. "Ich bin nicht dafür, dass Ungarn aus der Europäischen Union geworfen wird", sagte er dem Radiosender RTL.

Aber Beaune erwarte eine Form von Sanktionen gegen Ungarn wegen des Anti-LGBT-Gesetzes.

Die EU beklagte außerdem, dass LGBT-Rechte in allen Mitgliedsstaaten respektiert werden müssen. Polens regierende nationalistische Partei habe antihomosexuelle Politik zum Teil

ihrer Regierung gemacht.

Im März verbot sie ausdrücklich gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption von Kindern, während mehr als 100 Städte und Gebiete sich als "LGBT-frei" erklärten.

"Wir prüfen, ob es eine Verletzung der EU-Verträge" bei der Schaffung dieser Zonen gibt, sagte ein EU-Beamter und fügte hinzu, dass der Prozess noch nicht abgeschlossen ist. Ein zweiter Beamter bestätigte, dass die in Brüssel ansässige Exekutive die Angelegenheit prüft. Ein mögliches Vertragsverletzungsverfahren würde Polen dazu auffordern, die Zonen zu beseitigen, was, wenn es nicht eingehalten wird, zu Geldstrafen führen könnte.

Auf Nachfrage sagte ein Sprecher der polnischen Regierung: "Es gibt keine Gesetze in Polen, die Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminieren würden."

Polen befindet sich bereits unter einer speziellen EU-Untersuchung wegen Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit.

Die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) ist wiederholt mit der EU über ihre Werte aneinandergeraten, als sie Gerichte und Medien unter mehr staatliche Kontrolle brachte, Frauenrechte einschränkte und Einwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika ablehnte. Polen sollte das ungarische Gesetz kopieren, das Schulen verbietet, Materialien zu verwenden, die als Förderung der Homosexualität gesehen werden, sagte der polnische Bildungsminister Przemyslaw Czarnek in einem Interview am Montag: "Wir sollten diese Regelungen auf polnischem Boden in ihrer Gesamtheit kopieren!"

Czarnek, dessen Ansichten über LGBT-Rechte und die polnisch-jüdische Geschichte einige dazu veranlassten, seine Ernennung im Jahr 2020 in Frage zu stellen, zog sich letzte Woche scharfe Kritik von der Opposition für Kommentare über eine LGBT-Gleichstellungsparade in Warschau zu, als er in Frage stellte, ob das Verhalten der Teilnehmer normal sei.

"Diese Leute kommen auf die Straße, beleidigen Katholiken auf vulgäre Weise ... verhalten sich obszön, und das soll in Ordnung sein?", wurde er am Montag zitiert.

Trotz dieses Drucks und der Tatsache, dass Polen ein Hauptabnehmer der EU-Finanzhilfe ist, hat sich Warschau größtenteils geweigert, den Kurs zu ändern, und sagte, es müsse die traditionellen, katholischen Bräuche des Landes verteidigen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60dc991048fbef2d74272a20.JPG>

vormittags:

de.rt.com: Abzug aus Afghanistan: Menschen wühlen sich durch hinterlassene Müllberge der US-Truppen durch

Zwanzig Jahre nach den Anschlägen vom 11. September sollen ausländische Truppen Afghanistan verlassen haben. US-Soldaten haben bereits den Luftwaffenstützpunkt Bagram verlassen. Die Afghanen suchen nach brauchbarem Material. Das US-Militär aber hat alles

zerstört und hinterlässt nur Müllberge.

Vom Luftwaffenstützpunkt Bagram aus koordinierten die USA ihre Einsätze in Afghanistan. Hier hatten sich die USA eine heile Welt nach US-amerikanischem Vorbild mit Schwimmbad, Kino, Spas und Fast-Food-Restaurants, einem Krankenhaus, zwei Landebahnen, einem Tower und drei Hangars errichtet. Dazu gehörte selbst ein Gefängnis für die Taliban und Dschihadisten. Das Gefängnis hat einen schlimmen Ruf in der Bevölkerung. Heute sollen sich dort noch 7.000 Häftlinge befinden. Erbaut worden war der eine Stunde von Kabul entfernte Stützpunkt bereits in den 1950er Jahren von der ehemaligen Sowjetunion. Im Jahr 2001 übernahmen die USA und die NATO den Stützpunkt, der als strategisch wichtiger Ort gilt. US-Präsident Donald Trump hatte während seiner Amtszeit versprochen, den "längsten Krieg der USA" beenden und die Truppen abziehen zu wollen. Im Gegenzug sollten sich die militanten Taliban dem Frieden verpflichten. Sein Nachfolger Joe Biden musste die gesetzte Frist des Abzugs verlängern. Als neuer Termin wurde das historische Datum 11. September gewählt. Derweil erobern die Taliban neue Gebiete.

Der Stützpunkt Bagram ist nun vakant. Militärisches Material wurde mit zurück in die USA genommen oder den afghanischen Streitkräften übergeben. Zurück bleibt der "zivile Müll" wie Telefone, Thermoskannen, Computertastaturen und Druckerpatronen. Bagram hätte eine Fundgrube für die Afghanen sein können. Stattdessen aber türmen sich Tonnen an Schrott. Das US-Militär hat es vorgezogen, die Gebrauchsgegenstände zu zerstören. Diese wurden in die Luft gesprengt oder verbrannt. Washington begründet dies damit, man wolle den Taliban nichts Wertvolles hinterlassen. Vor dem Abzug konnten Anwohner Explosionen auf der Basis hören.

Ein 40 Jahre alter Afghane namens Mir Salam drückte der Agentur AFP seine Frustration aus: "Dies ist, was Amerikaner tun. Sie zerstören einfach alles. Sie jagen es in die Luft oder verbrennen es. Es gab viele neue Sachen hier auf der Basis – genug, um Afghanistan 20 Mal aufzubauen, aber sie haben alles zerstört."

Er wohnt in der Bagramstraße und hofft, in den Hinterlassenschaften der Ausländer Nutzbares zu finden, was sich verkaufen lässt – und damit ist er nicht allein. Entlang der Straße haben sich andere Goldgräber eingerichtet. Man ist sich in der Gegend einig, dass der Abzug der USA zumindest einen schlechten Einfluss auf die dortige Wirtschaft haben wird. Sollten die afghanischen Sicherheitskräfte Bagram nicht gegen die Taliban verteidigen können, stünden die Islamisten bald in der Hauptstadt Kabul.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60dc405ab480cc092b3f716c.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 30. Juni 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **China fordert Untersuchung aller durch USA und westliche Länder verübten Genozide**

Vermutlich als Reaktion auf Vorwürfe westlicher Länder, dass China einen "Genozid" an den Uiguren begehe, drehte der chinesische UN-Minister Jiang Duan während einer Rede den Spieß um. Es brauche eine Untersuchung über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Westens.

In einer Rede vor den Vereinten Nationen in Genf rief der Minister der Ständigen Vertretung Chinas bei den Vereinten Nationen, Jiang Duan, zu einer Untersuchung aller durch die USA und anderen westlichen Länder verübten Genozide auf. Die internationale Gemeinschaft habe die Verantwortung, alle Völkermordverbrechen gründlich und fair zu untersuchen, um Straflosigkeit zu vermeiden und das böse Erbe des Völkermordes in Form von Rassismus und Diskriminierung auszurotten, so Duan.

Völkermord sei ein schweres, von der internationalen Gemeinschaft anerkanntes Verbrechen und habe Elend über die Menschen gebracht. Das sagte Jiang in seiner Rede auf der 47. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen am Montag, die er während eines interaktiven Dialoges zum Thema "Verhinderung von Völkermord" hielt. Die Auswirkungen dieser Verbrechen seien bis heute zu spüren. Jiang verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die USA in den fast 100 Jahren nach ihrer Gründung massive Tötungen von Ureinwohnern begangen hätten.

Tatsächlich lebten in Nordamerika, als Christoph Kolumbus 1492 dort anlandete, etwa 18 Millionen Menschen. Im Jahre 1890 hatten von den mehreren Hundert indigenen Stämmen nur noch 250.000 Menschen überlebt. Mittlerweile beläuft sich die Gesamtbevölkerung der Ureinwohner Amerikas in den Vereinigten Staaten laut dem US Census Bureau auf 6,79 Millionen, was etwa 2,1 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.

Jiang wies auch darauf hin, dass Kanada 150.000 indigene Kinder von ihren Familien getrennt und in "Internatsschulen" geschickt hätten, um sie zu assimilieren. Nach bisherigen Angaben starben mindestens 3.200 dieser Kinder – vor allem an Tuberkulose. Dies sei nur die Spitze des Eisberges von Kanadas Völkermord an den Ureinwohnern, so Jiang.

Der Minister wies darauf hin, dass auch andere westliche Länder während der Kolonisierung und Invasion fremder Länder schwere Rassengenozide und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60dc616ab480cc092b3f71bc.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 30. Juni 3:00 Uhr bis 1. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des

unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Oserjanowka**.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfrage kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. **Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.**

deu.belta.by: **Lukaschenko gratuliert China zum 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Kommunistischen Partei Chinas ein Grußschreiben an den Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Xi Jinping geschickt. Das teilte der Pressedienst des Staatschefs mit.

Die Geschichte des modernen Chinas ist untrennbar mit der Kommunistischen Partei verbunden, stellte Alexander Lukaschenko fest. „Im Jahr 1921 gegründet hat sie sich zur größten politischen Partei der Welt entwickelt, und das Motto ‚Dem Volk dienen!‘ ist zur organisierenden Kraft der Staatswerdung geworden“, heißt es im Schreiben. „Durch die Kombination von kommunistischen Idealen mit der Praxis der chinesischen Revolution hat die Kommunistische Partei sozialistische Transformationen effektiv durchgeführt: das hat der Volksrepublik China zu einem starken, wohlhabenden Staat verholfen.“

Der belarussische Präsident wies darauf hin, dass Peking heute selbstbewusst eine eigenständige Außenpolitik verfolge. China bekenne sich zu einer friedlichen Entwicklung und Politik der Offenheit. „Dank klugen und gerechten Entscheidungen der Kommunistischen Partei wird China in der internationalen Arena zu Recht als Garant für Sicherheit angesehen, als Vertreter von Interessen unterdrückter Staaten“, sagte der belarussische Staatschef.

Alexander Lukaschenko wünschte Xi Jinping Gesundheit und neue Erfolge, dem chinesischen Volk wünschte er Glück und Wohlergehen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1625121936_57659_big.jpg

snanews.de: **Kramp-Karrenbauer und Austin: „Schädlichem Einfluss von strategischen Konkurrenten“ entgegenwirken**

Die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihr amerikanischer

Amtskollege Lloyd Austin haben bei ihrem jüngsten Treffen in Washington vereinbart, die bilateralen Beziehungen zu entwickeln, die Nato-Allianz zu verstärken und „schädlichem Einfluss von strategischen Konkurrenten“ entgegenzuwirken.

Laut einer entsprechenden Pentagon-Pressemitteilung von Mittwoch erörterten die beiden die Umsetzung der Beschlüsse des Nato-Gipfels am 14. Juni und tauschten ihre Meinung darüber aus, wie die Allianz die wachsenden Herausforderungen der regionalen und globalen Sicherheit in den Zeiten der strategischen Konkurrenz meistern könne.

Austin und Kramp-Karrenbauer behandelten auch die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und militärische Einsatzbereitschaft.

„Die Führungskräfte haben vereinbart, eine enge Kooperation zwischen den USA und Deutschland fortzusetzen und die Nato-Allianz zu verstärken, den ordnungsgemäßen Abzug aus Afghanistan abzuschließen, die regelgestützte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten und dem schädlichen Einfluss von strategischen Konkurrenten entgegenzuwirken.

Deutschland ist einer unserer engsten Verbündeten, die Verstärkung unserer bilateralen Beziehungen hat für die Biden-Administration Top-Priorität“, erklärte Austin.

Außerdem besuchten die beiden Minister den amerikanischen Flugzeugträger „USS Harry S. Truman“ in Norfolk im Bundesstaat Virginia, auf dem sich auch deutsche Soldaten befinden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/01/2678505_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_04ed190febafd0ea807a8bf26c08c9b7.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 1. Juli um 9:00 Uhr 5178 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4491 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 484 Todesfälle.

de.rt.com: Lawrow für Reformierung des UN-Sicherheitsrates: Westliche Länder sind "übermäßig" vertreten

"Die Begrenzung der übermäßigen Vertretung des Westens im UN-Sicherheitsrat durch Stärkung des Blocks von Vertretern der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist eines der Ziele der Demokratisierung der internationalen Beziehungen", sagte Lawrow im "Kommersant".

Westliche Nationen hätten zu viel Macht im UN-Sicherheitsrat und ihre "übermäßige Vertretung" sollte begrenzt werden, um eine ausgewogene Weltordnung zu schaffen, erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow in einem Artikel der russischen Tageszeitung Kommersant.

Lawrow sagte, es sollte ständige Vertretungen aus Afrika, Südasien und Südamerika geben. Die G20 sei eine ausgewogene Plattform, da sie "die G7 sowie die BRICS-Staaten"

(Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) zusammenbringt.

"Zu den Bemühungen, mehr Demokratie in die internationalen Beziehungen zu bringen und eine multipolaren Weltordnung zu bekräftigen, gehört die Reform des UN-Sicherheitsrates durch die Stärkung mit asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern und die Beendigung der Normabweichung durch übermäßige Vertretung des Westens im Hauptorgan der Vereinten Nationen."

Der Sicherheitsrat besteht derzeit aus 15 Nationen mit nur fünf ständigen Mitgliedern (China, Russland, USA, Frankreich und Großbritannien). Lawrow glaubt, dass es dem Westen ermögliche, "Vorschriften zu machen", und alle Länder zu rügen, die die ungeschriebenen Regeln der sogenannten "regelbasierten Weltordnung" nicht anerkennen. Mit der Einführung seines Konzepts einer "regelbasierten Weltordnung" wolle der Westen die Diskussion über Schlüsselthemen in die Formate führen, die für Andersdenkende nicht bequem seien.

"Regelbasierte Ordnung ist die Verkörperung von Doppelmoral."

Lawrow sprach im Dezember 2020 auf einer Videokonferenz des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten vom G20-Gipfel als dem einzigen bisherigen Mechanismus außerhalb des UN-Sicherheitsrates, bei dem es noch möglich sei, sich auf der Grundlage eines Interessenausgleichs zu einigen. Die Welt befinde sich in einer Übergangsphase zu einer multipolaren Weltordnung. Die westlichen Länder ignorieren derzeit dennoch, so Lawrow, objektive globale Entwicklungstendenzen und versuchen, die unipolare Weltordnung wiederherzustellen. Die Strategie der westlichen Mächte beruhe darauf, alle Länder auf der Welt mit allen Mitteln in diese unipolare Weltordnung hineinzuzwängen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60dca407b480cc0fd610c5a9.jpg>

snanews.de: **Mexiko will monatlich bis zu 20 Millionen „Sputnik V“-Dosen produzieren**

Das mexikanische Biolabor Birmex plant die Herstellung von monatlich sieben bis 20 Millionen Dosen des russischen Impfstoffs „Sputnik V“ aus gelieferten aktiven Komponenten. Das teilte der Direktor des Labors, Pedro Zenteno, gegenüber SNA mit. Die notwendigen Komponenten wurden am Dienstag in das zentralamerikanische Land gebracht. Das erste Ziel des Labors ist laut Zenteno, eine Testserie zu produzieren und eine Genehmigung für ihre Anwendung zu erhalten.

„Im Anfangsstadium können wir pro Monat rund sieben Millionen Dosen von ‚Sputnik V‘ herstellen. Es wird erwartet, dass die monatliche Produktion 20 Millionen Dosen erreicht“, sagte der Labor-Chef am Mittwoch.

Für eine Serienfertigung braucht Birmex die Erlaubnis der mexikanischen Kommission zum Schutz vor Gesundheitsrisiken (Cofepris) sowie des russischen Gamaleja-Forschungszentrums, das den Impfstoff entwickelt hat.

Das Labor in Mexiko-Stadt rechnet damit, dass es Ende Juli mit der seriellen Verpackung des Präparats beginnen kann, und hofft, in der Zukunft notwendige Technologien aus Russland zu

bekommen und die vollständige Produktion beider Impfstoff-Komponenten zu lancieren, sagte Zenteno.

Das russische Gesundheitsministerium hatte im August 2020 den weltweit ersten Impfstoff gegen Covid-19 registriert. „Sputnik V“ ist inzwischen in mehr als 65 Ländern zugelassen. Wie eine Analyse der Daten zu 3,8 Millionen mit „Sputnik V“ geimpften russischen Bürgern ergab, liegt die Effektivität des Vakzins bei 97,6 Prozent. Das medizinische Fachjournal „The Lancet“ hatte zuvor über 91,6 Prozent Effektivität berichtet.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/06/0f/2503195_0:184:2987:1864_1440x0_80_0_0_50a244a0e98276072162b4a51dd5a8b3.jpg

Mzdnr.ru: Am 30. Juni wurden in der DVR 609 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 164 positiv, bei 40 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 1. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 43.227 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3953 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 36.013 als gesund entlassen, es gibt 3261 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 87 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 5 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 68 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1027 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 526 mit Sauerstoffunterstützung (+19 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden durch 290 Expressstest 38 Patienten ermittelt, die bereits eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1997 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snaneews.de: **„Wir gehören in den Sicherheitsrat“ – Deutschlands UN-Botschafter**

In seinem „Schwanengesang“ gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters hat der scheidende deutsche UN-Botschafter Christoph Heusgen für die Erweiterung der Zahl der ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat plädiert.

Von einem Reformbedarf im UN-Sicherheitsrat wird seit Jahrzehnten gesprochen: Die Welt hat sich in den letzten Jahren sehr verändert, aber der Rat mit den ständigen Mitgliedern USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien bildet immer noch die Nachkriegsordnung ab. Der Top-Diplomat und frühere außenpolitische Berater von Kanzlerin Angela Merkel ist der Ansicht, dass Deutschland ebenso wie Indien, Japan und Brasilien einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhalten soll.

Er argumentiert, Deutschland sei nicht nur zweitgrößter Beitragszahler des gesamten UN-Systems, sondern leiste auch erheblich mehr, als es nach UN-Quoten müsste. Hierbei verwies Heusgen auf die zweite internationale Libyen-Konferenz, die am vergangenen Mittwoch in Berlin stattfand. Seiner Meinung nach genießt Deutschland einen sehr guten Ruf in der Welt.

„Deutschland gehört als ständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat“, zitiert ihn Reuters. Die Reform wird auch von den anderen Staaten angetrieben. Keines der 54 afrikanischen Länder hat beispielsweise einen Sitz in dem Gremium. „Der Unmut unter den UN-Mitgliedern ist groß“, unterstrich Heusgen. Um diesen zu bekämpfen, könnte man auch im Rahmen geltender Regeln eine Reformdebatte erzwingen.

„Wir sollten darauf hinarbeiten, dass es zu einer Konstellation kommt, in dem eine Zweidrittel-Mehrheit für eine Abstimmung in der UN-Generalversammlung zustande kommt“, so der Diplomat.

„Dass die Reform bisher nicht gelungen ist, liegt in erster Linie an Ländern wie China und Russland“, meint Heusgen. Diese Länder haben laut dem Diplomaten immer wieder echte Verhandlungen blockiert. Peking wolle etwa seinen besonderen Status als einziges ständiges Mitglied Asiens im Sicherheitsrat sichern, sagte Heusgen.

„China scheut dabei nicht davor zurück, alle Hebel einzusetzen, um eine Reform zu verhindern.“

Auch auf ein Reformdesign ging Heusgen in seinem letzten Interview als UN-Botschafter kurz ein. Er ist dafür, dass ein Vetorecht der bisherigen Sicherheitsratsmitglieder beibehalten werden soll. „Es ist ein Kernelement bei der UN-Gründung und des Sicherheitsrates gewesen, um etwa eine Mitarbeit der Sowjetunion zu ermöglichen. Russland wird darauf nicht verzichten. Die USA aber sicher auch nicht“, so Heusgen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/01/2680097_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_3e8ebd273617f482247bd80902e621ee.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Weißrussland fordert Schließung von Goethe-Institut und DAAD**

Die weißrussischen Behörden haben gefordert, die Tätigkeit des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes im Land einzustellen. Das gab das Auswärtige Amt in einer entsprechenden Mitteilung bekannt.

„Wir bedauern die Entscheidung der belarussischen Seite, die eine Einstellung aller Aktivitäten des Goethe-Instituts und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Belarus fordert“, heißt es in dem Statement.

Dieser Schritt wird laut dem Auswärtigen Amt zu einer weiteren internationalen Isolierung Weißrusslands führen.

In dem Text heißt es, dass die beiden Organisationen im Laufe von Jahrzehnten „kulturelle und akademische Brücken zwischen Deutschland, Europa und Belarus“ ermöglicht hätten. Leitragende dieser Entscheidung sind demnach die weißrussischen Bürger, „denen weitere Möglichkeiten gesellschaftlicher und kultureller Betätigung verwehrt werden“.

Die Bundesregierung werde weiter daran arbeiten, in Zukunft die kulturelle und

gesellschaftliche Kooperation zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten. Außerdem hieß es in dem Schreiben, dass Deutschland und die EU an der Seite der Bevölkerung Weißrusslands stünden und ihren Einsatz für und ihr Streben nach „der Achtung ihrer politischen Grundrechte“ unterstützten.

„Dies ist ein einmaliger Vorgang für das Goethe-Institut, das seine Arbeit an 157 Instituten in der ganzen Welt frei ausführen kann“, kritisierte der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert, am Donnerstag.

„Wir bedauern den Wunsch der belarussischen Regierung sehr und hoffen, unsere Arbeit in Belarus in Zukunft bald fortsetzen zu können.“ Das Goethe-Institut fühle sich „solidarisch verbunden mit dem DAAD“, wird er von DPA zitiert. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/05/11/2124586_0:0:1713:964_1440x0_80_0_0_0b3cfa74aff063fe84d5ad8116ff0b8a.jpg

snaneews.de: **Zeitung: China baut mindestens 100 Startsilos für ballistische Raketen**

China hat in der Nähe der Stadt Yumen in der Provinz Gansu den Bau von mehr als 100 Startsilos für ballistische Interkontinentalraketen gestartet, schreibt „The Washington Post“ unter Berufung auf Experten.

Nach Expertenschätzungen zeugt dieser Schritt wahrscheinlich von einer deutlichen Erweiterung der Möglichkeiten im Nuklearbereich in einem Land, das nach Angaben der Zeitung 250 bis 350 Nuklearraketen besitzt. Angemerkt wird zudem, dass auf den unterirdischen Abschussrampen weniger als 100 Raketen untergebracht sind. Die Zeitung erinnert daran, dass China früher auch Silo-Attrappen gebaut hatte.

Die Zeitung beruft sich dabei auf in Kalifornien untersuchte Satellitenaufnahmen, auf denen angeblich Bauarbeiten für 119 Anlagen zu sehen sind. Letztere enthalten ähnliche Bauteile wie jene, die sich auf den in China bestehenden Objekten für ballistische, mit Atomgefechtsköpfen bestückte Raketen befinden.

Laut dem US-Nuklearexperten Jeffrey Lewis gibt es in China insgesamt 145 im Bau befindliche Raketensilos. „Wir sind der Ansicht, dass China seine Atomkräfte zum Teil für die Bewahrung des Abschreckungsfaktors aufstockt, der dem ersten Schlag der USA standhalten könnte und für die Bekämpfung der US-Raketenabwehr hinreichend wäre“, so Lewis.

Die US-Geheimdienste hatten im April einen Bericht veröffentlicht, laut dem China an Rüstungsabkommen, die die Pläne zur Verdoppelung des chinesischen Atomarsenals betreffen, nicht interessiert sei. Die Verfasser sind der Meinung, dass Peking die bisher schnellste Entwicklung und Diversifizierung der Plattformen für sein Atomarsenal fortführen werde, wobei es beabsichtigt, sein Atomarsenal in den nächsten zehn Jahren mindestens zu verdoppeln und die nukleare Triade aufzustellen. Die US-Geheimdienste erklärten außerdem, dass die Raketenkräfte Chinas höchst überlebensfähig und unter anderem zum Einsatz bei einer regionalen Eskalation bereit seien. Sie könnten auch für einen Gegenschlag eingesetzt

werden, hieß es.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/01/2677283_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_d9013092588b4e37f64b5eda28629534.jpg

dan-news.info: In den nächsten Wochen, vielleicht auch schneller, wird neuer Impfstoff aus der RF eintreffen, teilte heute das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin mit.

snnews.de: **Italienische Fregatte ins Schwarze Meer eingelaufen**

Die italienische Fregatte „Virginio Fasan“ ist am Donnerstag in das Schwarze Meer eingefahren. Laut dem Nationalen Zentrum für Verteidigungsverwaltung wird die italienische Fregatte von Schiffen der russischen Schwarzmeerflotte beobachtet.

„Die Kräfte und Mittel der Schwarzmeerflotte haben begonnen, die Handlungen der Fregatte der italienischen Marine, ‚Virginio Fasan‘, die am 1. Juli in die Gewässer des Schwarzen Meeres eingelaufen ist, zu kontrollieren“, hieß es.

Im Nordwesten des Schwarzen Meeres begann am Montag das zweiwöchige Manöver „Sea Breeze“ (Meeresbrise), das Moskau als Sicherheitsrisiko sieht. Russland hatte die USA zum Verzicht auf die Übung aufgerufen. Beteiligt sind Soldaten und Matrosen aus der Ukraine, den USA und etwa 30 weiteren Ländern.

Das aktuelle Militärmanöver findet kurz nach dem jüngsten Vorfall mit einem britischen Zerstörer im Schwarzen Meer statt. Die „Defender“ hatte am 23. Juni die Seegrenze Russlands überquert und war bis zu drei Kilometer weit in die russischen Hoheitsgewässer im Raum des Kaps Fiolent an der Krimküste eingedrungen. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/01/2684943_0:0:2592:1458_1440x0_80_0_0_c3667de864c467318fbd79daa25ebff3.jpg

de.rt.com: **Xi warnt Ausland bei Hundertjahrfeier der KP: Werden sich bei Einmischung "den Kopf blutig schlagen"**

Am Donnerstag feiert China den 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei. In seiner Botschaft an die Nation während des Festaktes warnt Staatschef Xi Jinping das Ausland vor Böswilligkeiten gegen China und verspricht die "Wiedervereinigung" mit Taiwan.

In einer einstündigen Rede zum 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas hat Staatschef Xi Jinping am Donnerstag eine "neue Welt" begrüßt, die von seinem Volk geschaffen wurde. Die Interessen und das Schicksal aller Menschen in China seien an die Parteiführung gebunden und jeder Versuch, das Volk gegen die Partei aufzuhetzen, müsse scheitern. Xi versprach, das chinesische Militär zur Wahrung von Souveränität, Sicherheit und Entwicklung weiter aufzubauen und erklärte, die Zeit für Böswilligkeiten gegen China sei längst vorbei:

"Wer dies wagt, wird sich an der Großen Mauer aus Stahl, geschmiedet von 1,4 Milliarden Chinesen, den Kopf blutig schlagen."

Diese Äußerung war am Donnerstag das Top-Thema auf Weibo, dem chinesischen Pendant von Twitter.

Außerdem äußerte sich Xi zu der für China heiklen Taiwan-Frage. Er betonte, die Wiedervereinigung mit Taiwan sei eine unumstößliche historische Aufgabe der Kommunistischen Partei:

"Alle Söhne und Töchter Chinas, einschließlich der Landsleute auf beiden Seiten der Straße von Taiwan, müssen zusammen und solidarisch daran arbeiten, jegliche Bestrebungen zur Unabhängigkeit Taiwans zu zerschlagen."

In Bezug auf Hongkong und Macao bestätigte der chinesische Staatschef die Ergebenheit gegenüber dem Prinzip "Ein Land, zwei Systeme".

Die Feierlichkeiten am Donnerstag begannen mit einem Vorbeiflug von Kampffjets und Hubschraubern über dem Tiananmen-Platz. Ein Chor aus 3.000 Mann sang patriotische sozialistische Lieder. Mehr als 70.000 geladene Gäste besuchten die Veranstaltung. Die Kommunistische Partei Chinas zählt heute rund 95 Millionen Mitglieder. Mao Zedong gründete die Partei gemeinsam mit einer kleinen Gruppe von Mitstreitern am 01. Juli 1921 in Shanghai.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60dd922748fbef585c7ed1c3.jpg>

snaneews.de: **Putin unterzeichnet Gesetz: Gleichsetzung von Hitler-Deutschland und**

UdSSR verboten

Es ist in Russland nunmehr rechtlich verboten, die Stellung von Hitler-Deutschland im Zweiten Weltkrieg mit jener der Sowjetunion öffentlich gleichzusetzen. Präsident Putin hat das entsprechende Gesetz am Donnerstag unterzeichnet.

Selbst in russischen Medien kämen seit geraumer Zeit immer häufiger Stimmen zu Wort, die die Ziele, die Absichten und das Vorgehen der sowjetischen Führung im Zweiten Weltkrieg mit den Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten und Wehrmachtssoldaten gleichsetzen, heißt es in einer Erläuterung zu diesem Gesetz.

Solche Aussagen seien „verallgemeinernd, erniedrigend und haltlos“, finden mehrere russische Abgeordnete, darunter die Vorsitzende des Kulturausschusses der russischen Duma, Jelena Jampolskaja, der erste stellvertretende Duma-Vorsitzende Alexander Schukow sowie der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Auswärtiges, Alexej Puschkow. Sie hatten – mit dem Ziel, diesen Zustand zu beheben – einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und ins Parlament eingebracht.

Verteidiger und Kriegsverbrecher nicht gleichstellen

„Wir halten es im Grundsatz für inakzeptabel, das Vorgehen der Vaterlandsverteidiger ... mit dem auf die Vernichtung von Völkern gerichteten Vorgehen der Besatzungssoldaten zu vermischen und (oder) gleichzusetzen“, erklärten die Gesetzesautoren. Menschen, die im Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verteidigten, „ließen ihr Leben im Kampf für deren Freiheit und Unabhängigkeit“, wohingegen die Vertreter der Besatzungsmacht vom Nürnberger Tribunal „rechtskräftig als Kriegsverbrecher verurteilt wurden“.

Das Gesetz novelliert den Präsidentenerlass „Zur Verewigung des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg der Jahre 1941–1945“. Durch die Unterschrift von Präsident Putin und die Veröffentlichung auf dem amtlichen Rechtsportal der Russischen Föderation ist es in Kraft getreten.

Strafen bei Verstößen gegen dieses Gesetz stehen bisher noch nicht fest. Seine Initiatoren sind jedoch überzeugt, dass das Gesetz es unmöglich machen werde, „aus der Herabsetzung der Heldentat des Sowjetvolkes politisches Kapital zu schlagen“. Die Möglichkeit historischer Forschung und wissenschaftlicher Diskussionen bleibe indes unberührt.

Geschichtlicher Hintergrund dieser Gesetzesinitiative ist der Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Mit dem Überfall entfachte Deutschland einen Krieg, der 1418 Tage dauerte. Über 26 Millionen sowjetische Bürger ließen in diesem Krieg ihr Leben. Das sind 40 Prozent aller menschlichen Verluste des Zweiten Weltkriegs.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/01/2687530_0:130:3177:1917_1440x0_80_0_0_f5bdaeb97082357117a44342f51d34ad.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 01.07.2021
Die ukrainische Seite verletzte weiter ihre Verpflichtungen.

So wurde in den letzten 24 Stunden **eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 10. Gebirgssturmbrigade von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus **Oserjanowka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen und zehn Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Strafruppen der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen im Gebiet von Awdejewka dreimal das Feuer mit 122mm-Artillerie und 120mm-Mörsern auf **Mineralnoje** eröffnet und 42 Geschosse abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Granitnoje.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

zwei Schützenpanzer in der Woropajew-Straße in Talakowka;

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet am östlichen Rand von Lomakino.

Das ukrainische Kommando führt Maßnahmen zur **Verminung von nahe an Ortschaften und allgemeinen Straßen liegenden Territorien** durch, was direkt das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger und von Vertretern der OSZE-Mission gefährdet.

Festzustellen ist die Stationierung von Antipanzerminen TM-62 auf allgemeinen Straßen in der Nähe von Opytnoje und Solotyje Peski durch Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte

Außerdem stellen wir die **Verstärkung von Minensperren** im Gebiet von Prawdowka durch Pioniere der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte fest.

Wir rufen die Einwohner von Opytnoje, Solotyje Peski, Prawdowka und der in der Nähe liegenden Ortschaften auf, äußerst wachsam und vorsichtig zu sein, um nicht auf ukrainische Minen zu geraten. Wir bitten darum, alle bekannt gewordenen Fälle der Verminung von Örtlichkeiten durch Einheiten der BFU der OSZE-Mission, der Staatsanwaltschaft und der militärisch-zivilen Verwaltung zu melden, damit Strafverfahren gegen die ukrainischen Kommandeure aufgenommen werden.

Die ukrainische Seite behindert weiter zielgerichtet die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 72. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Prawdowka und Starognatowka eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE Mission zu blockieren.

Wir erhalten weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste in den Reihen der BFU**.

Von unserer Quelle wurde bekannt, dass bei der Durchführung von technischen Arbeiten zur

zusätzlichen Ausrüstung von Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje zwei Soldaten des 8. Bataillons der 10. Brigade, Litwinenko und Parfjonow auf eine Antipersonenmine gerieten. Infolge der Detonation erlitten die Soldaten Detonationsverletzungen und wurden in ernstem Zustand in das Militärhospital von Krasnoarmejsk eingeliefert.

Bei einer Ermittlung durch am Ort des Geschehens eingetroffene Offiziere des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ wurde festgestellt, dass die Karten der Minenfelder der Einheit nicht ergänzt worden waren und die Kämpfer dennoch weiter neue Positionen ausrüsteten, was zu tragischen Folgen führte.

Wir erhalten weiter Informationen über Fälle von **Korruption und Diebstahl von militärischem Material in den Truppenteilen und Verbänden der BFU** in der Zone der Strafoperation.

So wurden im Zeitraum vom 25. bis 30. Juni auf Basis der 58. Panzergrenadierbrigade Wettkämpfe zwischen Zügen für materiell-technische Versorgung der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ durchgeführt.

Der geschäftstüchtige Kommandeur der 58. Brigade Kaschtschenko nutzte die Maßnahmen zur militärischen Ausbildung in seinem Interessen und führte sie fiktiv nach einem verkürzten Programm durch, das sich auf einen Fotobericht und einen Bericht über die Durchführung der Wettkämpfe für das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ beschränkte.

Dank der fiktiven Berichte und einer kriminellen Vereinbarung mit der Jury der Wettkämpfe gelang es Kaschtschenko, 10 Tonnen Treibstoff abzuschreiben und zu verkaufen.

In der OOS-Zone gibt es weiter **kriminelle Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit** von Soldaten der BFU

So verlor der Offizier der Brigadeleitung Oberleutnant Karpilenja in betrunkenem Zustand am 28. Juni bei der Fahrt aus dem Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Stab der 93. mechanisierten Brigade eine Mappe mit geheimen Dokumenten, die für einen engen Personenkreis vorgesehen waren. Am 30. Juni traf im Verantwortungsbereich im Verantwortungsbereich der Brigade eine Kommission des Dienstes zum Schutz von Staatsgeheimnissen des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in Begleitung von Offizieren des SBU zur Überprüfung dieses Falls ein.

Es wurden Verstöße gegen die Geheimhaltung festgestellt, darunter die Übergabe geheimer Informationen über Mobilfunkverbindungen. Die Kontrolleure konfiszierten die Smartphones von 20 Soldaten. Gegen den Brigadekommandeur Brishinskij und andere Funktionsträger, die die Schuld daran tragen, dass die Verstöße möglich waren, wird eine Ermittlung durchgeführt.

snanews.de: **Signal an Russland: Deutsche und Briten fliegen „Schutzeinsätze“ in Rumänien**

Die Bundeswehr hat Kampfjets nach Rumänien verlegt. Deren Besatzungen sollen dort gemeinsam mit der britischen Air Force sogenannte Schutzeinsätze fliegen – und nach Darstellung des deutschen Luftwaffenchefs außenpolitische Zeichen senden.

Der Einsatz in enger Zusammenarbeit mit der britischen Royal Air Force sei ein „eindeutiges politisches Signal nach außen“, sagte Generalleutnant Ingo Gerhartz, Inspekteur der Luftwaffe, laut DPA am Donnerstag am Rande eines Besuchs auf der rumänischen Luftwaffenbasis Constanta.

Zwei Kampfjets vom Typ Eurofighter hat die Bundeswehr temporär auf den Fliegerhorst am Schwarzen Meer entsandt. Das in Constanta bereits stationierte britische Kontingent übernimmt dabei die Wartung der Maschinen. „So müssen wir nur wenig Personal und Material dorthin verlegen“, sagte Gerhartz.

Es sei das erste Mal, dass die Luftwaffe gemeinsam mit der Royal Air Force den Luftraum der Nato-Südostflanke sichere. Man bezeichne dies als „Plug & Fight“-Konzept. „Damit sind wir in der Lage, unsere Kampfflugzeuge in kürzester Zeit an die Außengrenze der Allianz zu verlegen“, sagte der deutsche Luftwaffenchef.

In der Schwarzmeerregion kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen der Nato und Russland. Die Verlegung der beiden deutschen Eurofighter nach Rumänien erfolgte jedoch planmäßig und ohne direkten Zusammenhang zur angespannten Lage. Nach Darstellung der Bundeswehr fliegen die Eurofighter in Rumänien gemeinsam mit der britischen Air Force sogenannte Schutzflüge. Man werde „diese intensive Zusammenarbeit“ auch auf Spanien und Italien ausweiten, kündigte der Luftwaffenchef an.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/19/1447878_0:52:1000:615_1440x0_80_0_0_896f05cd96d238dd3fb53d41dac39ba1.jpg

snaneews.de: **Zwei Terroranschläge in Russland verhindert**

Einsatzkräfte des Föderalen Sicherheitsdienstes FSB haben Terroranschläge vorgebeugt, die von Mitgliedern des Terrornetzwerkes „Islamischer Staat“ in Moskau und im Gebiet Astrachan (Wolgaraum) vorbereitet worden waren. Das geht aus einer Mitteilung des PR-Amtes des FSB hervor.

„Der FSB Russlands hat die Vorbereitung von Terroranschlägen durch Mitglieder der Organisation ‚Islamischer Staat‘ verhindert. Auf Anweisung der Anführer der Terrorstruktur hatten zwei russische Bürger gleichzeitige Angriffe auf Einwohner Moskaus und des Gebiets Astrachan unter Einsatz von Schuss- und Blankwaffen an belebten Plätzen geplant“, heißt es in der Mitteilung.

Im Gebiet Astrachan habe einer der Verbrecher bei der Festnahme „bewaffneten Widerstand geleistet und ist durch Erwidernsfeuer neutralisiert“ worden, heißt es. Das zweite Mitglied der terroristischen Zelle sei in Moskau festgenommen worden. Weder Sicherheitskräfte noch Zivilbürger seien dabei zu Schaden gekommen, wird unterstrichen.

Bei Ortsbesichtigungen und Durchsuchungen an Wohnorten der Beteiligten wurden automatische Feuerwaffen und Munition dazu, eine F-1-Handgranate und extremistische Schriften sichergestellt.

Zu der Teilnahme an den Aktivitäten der Terrororganisation sind Strafverfahren eingeleitet worden.

Im vergangenen Jahr wurden in Russland rund 40 Terroranschläge und seit Jahresbeginn 2021 mindestens fünf solche Angriffe verhindert.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/08/74144_0:85:3077:1816_1440x0_80_0_0_b6302927296a8e3e72d3059f39ed6e8c.jpg

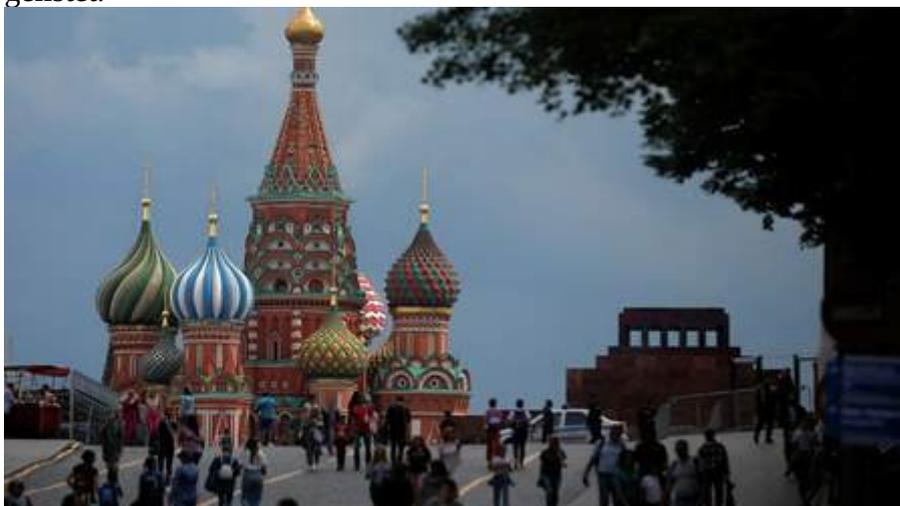
snnews.de: **Nach 25-Millionen-Forderung: Prags Botschafter in Moskau einbestellt**

Das russische Außenministerium hat den tschechischen Botschafter einbestellt. Grund dafür ist eine Forderung von gut 25 Millionen Euro, die die Führung in Prag von Moskau als Entschädigung für die Explosion im Munitionslager Vrbetice verlangt.

Die tschechische Regierung wirft russischen Geheimdiensten vor, 2014 eine Explosion im Munitionslager Vrbetice verursacht zu haben. Neuerdings verlangt Prag von Moskau sogar, für den entstandenen Schaden aufzukommen. Die Höhe der Entschädigung beziffert die tschechische Regierung auf umgerechnet 25,5 Millionen Euro.

Das russische Außenministerium hat in diesem Zusammenhang den tschechischen Botschafter in Moskau einbestellt. Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa erklärte dazu, der Vorgang erinnere an die „Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“, den Satireroman des Tschechen Jaroslav Hašek. Es sei dieselbe Absurdität zu erkennen: mitunter werde die Grenze zwischen Vernunft und Widersinnigkeit überschritten.

Die tschechische Regierung hat bisher keine Beweise für eine Beteiligung der russischen Geheimdienste an der Explosion in Vrbetice vorgelegt. Die russische Führung weist alle Vorwürfe als empörend und unbegründet zurück. Dennoch verwies Prag vor längerer Zeit 18 russische Diplomaten des Landes – Russland reagierte mit der Ausweisung von 20 Mitarbeitern der tschechischen Botschaft in Moskau. Darauf folgend hat die russische Regierung Tschechien, neben den Vereinigten Staaten, als unfreundlichen Staat eingestuft und gelistet.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/0c/2480434_0:195:2961:1861_1440x0_80_0_0_4ceef78d55816683677df4223c6aff94.jpg

abends:

snanews.de: **Niederländische Fregatte im Schwarzen Meer: Moskau sieht „bewusste Provokation“**

Das russische Außenministerium hat das jüngste Manöver der niederländischen Fregatte „Evertsen“ im Schwarzen Meer als willentliche und mit der Nato abgestimmte Provokation eingestuft.

Das niederländische Verteidigungsministerium erklärte am gestrigen Mittwoch, die russischen Streitkräfte hätten eine „bedrohliche Lage“ für die Fregatte „Evertsen“ geschaffen, als diese sich auf Manöverfahrt im Schwarzen Meer südöstlich der Krim befunden habe. Jagdbomber der russischen Marineflieger seien „gefährlich tief und nah“ am niederländischen Kampfschiff vorbeigeflogen und hätten über mehrere Stunden „Angriffe simuliert“.

Nach Auffassung des russischen Außenministeriums aber stellt sich der Vorfall als bewusste Provokation vonseiten der Nato dar. Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa sagte:

„Bedenkt man, dass sich der Vorfall mit der ‚Evertsen‘ am Tag nach dem Vorfall mit dem britischen Zerstörer ‚Defender‘ ereignete, dann wird es schwierig, nicht zu betonen, dass die Niederländer in Koordination mit der Nato und in direktem Kontakt mit den Briten handelten.“

Fregatten-Ereignis folgt auf Zerstörer-Vorfall

Der britische Zerstörer „Defender“ hatte am 23. Juni die russische Seegrenze überquert und war bis zu drei Kilometer weit in die russischen Hoheitsgewässer im Raum des Kaps Fiolent an der Krimküste eingedrungen.

Ein Patrouillenschiff gab nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums mehrere Warnschüsse ab, woraufhin ein Jagdbomber der russischen Marineflieger Bomben am Fahrweg des Zerstörers abwarf, um das britische Schiff zu einer Kursänderung zu veranlassen.

London erklärte, das britische Kriegsschiff habe dem Völkerrecht entsprechend eine „friedliche Durchfahrt“ durch ukrainische Territorialgewässer unternommen. Gegen die „Defender“ seien keine Schüsse gerichtet gewesen, am Fahrweg des Schiffes seien keine Bomben abgeworfen worden. Premierminister Boris Johnson zufolge war die Durchfahrt im Schwarzen Meer „durchaus angebracht“.

Präsident Putin bezeichnete den Zwischenfall jedoch als Provokation und betonte, dass das britische Schiff unter Beobachtung eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs agiert habe.

Die britische Botschafterin in Moskau wurde im Zusammenhang mit dem Vorfall ins russische Außenministerium einbestellt, wo entschiedener Protest eingelegt wurde.

Nato-Manöver „Sea Breeze“

Das Schwarze Meer ist gegenwärtig Schauplatz eines großen Seemanövers der Nato. Die zweiwöchige Übung unter dem Codenamen „Sea Breeze“ hat am Montag im Nordwesten des Schwarzen Meeres begonnen. Beteiligt sind Soldaten und Seeleute aus der Ukraine, den USA und etwa 30 weiteren Ländern. Moskau sieht das Nato-Manöver als Sicherheitsrisiko an und hatte die Vereinigten Staaten im Vorfeld zum Verzicht auf die Übung aufgerufen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/04/10/1741786_0:44:2730:1580_1440x0_80_0_0_6e36cce08ba9318f30cecd23658b274b.jpg

de.rt.com: **Moskau über RT in Deutschland: "Noch keine Ausstrahlung, aber schon Vorwürfe"**

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte bei einem Briefing, dass die deutschen Behörden versuchen zu verhindern, dass RT eine Sendelizenz in Deutschland erhält. Ihr zufolge läuft gegen RT eine massive Kampagne.

Moskau über RT in Deutschland: "Noch keine Ausstrahlung, aber schon Vorwürfe"

In einem Briefing teilte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa mit, dass "die deutschen Behörden die Pressefreiheit in Deutschland weiter einschränken". RT würde ernsthaften Hindernissen beim Erhalt einer Rundfunklizenz in Deutschland gegenüberstehen.

Sacharowa erinnerte an die diskriminierende Politik, als die deutsche Commerzbank die Konten von RT DE Productions ohne Angabe von Gründen geschlossen hatte. Sie wies darauf hin, dass die Bundesrepublik Deutschland der größte Aktionär der Bank ist.

Es sei nicht das erste Mal, dass Berlin versucht, die Ausstrahlung russischer Medien in Deutschland zu stören. Solche Versuche würden fortgesetzt:

"Ist es nicht Zeit aufzuhören? Ist es nicht an der Zeit, im Bereich der Meinungsfreiheit zu den hohen Idealen zurückzukehren, von denen Berlin selbst ständig der Welt erzählt?"

RT hatte in Luxemburg um eine Sendeerlaubnis gebeten. Das TV-Signal würde von Moskau über den luxemburgischen Satelliten Astra in die EU übertragen. Der Antrag wurde im Einklang mit der geltenden europäischen Gesetzgebung im Bereich der Lizenzierung von Fernsehsendungen gemäß den geltenden Kriterien gestellt, so Sacharowa.

Sie bemerkte:

"Wissen Sie, was erstaunlich ist? Der Sender hat noch nicht mit der Ausstrahlung begonnen, er wurde noch nicht gestartet, und dem Sender wurde bereits vorgeworfen, die Grünen-Partei in Deutschland herabgesetzt zu haben. Wie kann das sein?"

Sacharowa verwies auf einen Artikel der Süddeutschen Zeitung, in dem es um ein geheimes Treffen ging, an dem Mitglieder der deutschen Regierung, Diplomaten und Vertreter der Geheimdienste Deutschlands und Luxemburgs sowie der luxemburgischen Medienaufsicht teilnahmen. All dies, so Sacharowa, erwecke den Eindruck, dass gegen RT ein echter Informationskrieg laufe.

Die deutschen Medien würden RT sowohl als "Sprachrohr des Kreml" als auch als "Propagandawaffe" bezeichnen. Doch niemand würde die Tatsache anerkennen, dass RT ein Konkurrent der deutschen Medien ist, der das Bild der Realität ergänzt, das der deutsche Mainstream präsentiert:

"Es ist seltsam und traurig für uns zu sehen, wie das Grundrecht (der Deutschen) auf

Informationsfreiheit verletzt und pervertiert wird, das in vielen Abkommen verankert ist, die Berlin als Handlungsleitfaden akzeptiert."

Sacharowa machte deutlich, dass Mitarbeiter der Deutschen Welle in Russland alle Rechte und Privilegien ausländischer Journalisten genießen würden. Ihrer Tätigkeit ständen keine Hindernisse im Weg. Sie fügte hinzu:

"Wie lange werden wir und wie lange müssen wir eine solche Haltung gegenüber den russischen Medien in Deutschland tolerieren? Sind wir an einer sehr gefährlichen Grenze unserer guten Einstellung angelangt, die auf der Achtung der Meinungsfreiheit beruht? Missbraucht Berlin sowohl unsere Geduld als auch unsere gute Einstellung?"

Wie bereits im Januar angekündigt wurde, will der TV-Sender RT sein mehrsprachiges Fernsehprogramm ab Dezember um ein deutschsprachiges Angebot erweitern. Das Programm soll unter dem vorläufigen Namen "RT auf Deutsch" von Moskau via Satellit ausgestrahlt.



<https://cdn.rtl.com/deutsch/images/2021.07/article/60ddd57648fbef75b140c85c.jpg>